

Es war nur eine kurze Meldung Ende Januar in der Presse. Doch ihre Auswirkungen dürften von langer Dauer sein. Die Bundesregierung bestätigte, dass sie Israel beim Kauf zweier U-Boote unterstützen will. Ein Drittel der Kosten trägt der deutsche Steuerzahler. Für die Israelis ein gutes Geschäft: Sie gelangen zu überaus günstigen Konditionen in den Besitz von Waffensystemen der neuesten Generation. Mit ihrem Brennstoffzellenantrieb sind die U-Boote deutscher Produktion nicht nur in der Lage, nahezu geräuschlos und dazu noch wochenlang getaucht zu operieren, sondern auch mit Marschflugkörpern als Nuklearwaffenträger ausrüstbar. Tel Aviv erhält die Fähigkeit zum atomaren Zweischlag und damit zu wirkungsvoller Abschreckung.

Kritische Stimmen mahnen, dass Deutschland mit dem noch unter der rot-grünen Koalition beschlossenen Rüstungsdeal gegen das Verbot zur Verbreitung von Atomwaffen verstößt. Auch mehren sich Warnungen, Deutschlands Glaubwürdigkeit als Vermittler im Nahost-Friedensprozess sei durch die Aufrüstung der Israelis gefährdet. Dabei wird jedoch übersehen, dass sich dem Westen und damit auch der Bundesrepublik kaum andere Möglichkeiten bieten, als Israel bei seinen Bemühungen um einen möglichst umfassenden Schutz seines Territoriums behilflich zu sein.

Wirtschaftssanktionen gegen den Iran werden das Regime in Teheran nicht davon abhalten, seine atomare Bewaffnung weiter voranzutreiben. Leid Tragender

wäre vor allem die iranische Zivilbevölkerung. Der schleichende Tod eines Volkes infolge eines ökonomischen Boykotts war bereits im Irak zu beobachten. Nach Schätzungen der UNESCO sind dem von den Vereinten Nationen gegen Bagdad verhängten Embargo mehr als eine Million Menschen, meist Alte, Frauen und Kinder, zum Opfer gefallen. Eine Bilanz, die an die Gesamtverlustzahlen der drei Golfkriege heranreicht.

Auch ein militärischer Schlag gegen die iranischen Atomanlagen kann nicht in Deutschlands Interesse sein. Zum einen erscheint selbst amerikanischen und israelischen Militärs ein durchschlagender Erfolg von Angriffen aus der Luft wie vom Boden als unwahrscheinlich. Zum anderen könnte Teheran als Gegenschlag einen regelrechten Terror-Krieg im Irak und in Israel entfachen. Deutsche Unternehmen spüren bereits heute die menschlich wie ökonomisch desaströsen Folgen der nicht zuletzt durch iranische Mittäterschaft eskalierenden Gewalt zwischen Euphrat und Tigris.

Der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt hat einen zentralen Leitsatz für erfolgreiche diplomatische Verhandlungen geprägt: „Speak softly, and carry a big stick.“ In Sachen Iran angewandt, bedeutet dies nicht, dass sich Deutschland nun selbst atomar bewaffnen sollte, um zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Unter dem Schirm amerikanischer, britischer und französischer Nuklearwaffenarsenale ist dies mehr als überflüssig. Doch kann Berlin beispiels-

weise mit der Lieferung von atomar aufrüstbaren U-Booten entschieden dazu beitragen, dass Israel einen „big stick“ erhält, den Teheran selbst als Atommacht nicht ignorieren könnte.

Die Geschichte der Rüstungskonflikte, ob regionaler oder globaler Art, lehrt, dass Verhandlungen, die eine dauerhafte Lösung anstreben, allein aus der Position der Stärke zu führen sind. So wären die bedeutenden Abrüstungsschritte zwischen Russland und den USA ohne die anfangs vor allem in Deutschland scharf kritisierten Aufrüstungsbemühungen der Reagan-Administration nicht denkbar gewesen.

Gerade weil nicht nur das Teheraner Regime, sondern das iranische Volk in seiner Gesamtheit am Erhalt seiner Machtposition in Nahost interessiert ist, rüstet der Iran nuklear auf. Eine Weitergabe atomarer Sprengköpfe zu Terrorzwecken würde zwangsläufig die Auslösung der iranischen Nation mit sich bringen. Doch Selbstmord begehen auch im islamistischen Terrorismus bisher lediglich Einzelne oder kleine Gruppen. Eine Gesellschaft, und sei sie noch so fanatisch indoktriniert, hat dieses Interesse nicht, wie bereits die Geschichte Deutschlands und Japans gezeigt hat.

Neue Sicherheitsarchitektur im Osten

Daher könnte Berlin mit dem U-Boot-Geschäft eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung einer neuen Sicherheitsarchitektur im Nahen und Mittleren Osten zufallen: Durch ein Wettrüsten, das auf den ersten Blick widersinnig erscheint, wird der Frieden letztlich gesichert. Ein Modell, das sich mit deutscher Hilfe auf einen weiteren Krisenschauplatz globaler Bedeutung anwenden ließe. Denn auch Taiwan zeigt großes Interesse an den deutschen Hightech-U-Booten zur Abschreckung einer chinesischen Invasionsflotte. Doch bisher mit wenig Erfolg beim potenziellen Verkäufer. Berlin verwei-

gert sich dem Inselstaat mit Hinweis auf die deutschen Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetze, die Firmen in der Bundesrepublik untersagen, Waffensysteme in Krisenregionen zu exportieren. Da in Nahost täglich mehr Blut fließt, als zwischen China und Taiwan jemals geflossen ist, stellt sich jedoch die Frage nach der Plausibilität der deutschen Argumentation.

Der Verdacht liegt nahe, dass sich Berlin nicht den Zorn Pekings zuziehen möchte, dessen Absatzmarkt für deutsche Waren eine immer größere Bedeutung im Exportgeschäft Deutschlands kommt. Doch diese Furcht ist unbegründet. Ein Blick auf Washingtons China-Politik genügt. Denn die Vereinigten Staaten sind nicht nur wirtschaftlich eng mit der Volksrepublik verflochten, sondern auch der Hauptlieferant von modernsten Waffensystemen an Taiwan, von der Rolle als Schutzmaut des Inselstaates ganz zu schweigen. Eine Doppelrolle, die für die chinesisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen nicht von Schaden zu sein scheint.

Neben Israel hält sich die Bundesregierung bei Rüstungsexporten auch in einem anderen Krisengebiet nicht zurück, das für Deutschlands Sicherheitspolitik in den letzten Jahren von zentraler Bedeutung geworden ist. Nach Kabul sind unlängst zehntausend Pistolen für die afghanischen Sicherheitskräfte geliefert worden – als Geschenk. Ein sicherlich sinnvoller Beitrag zur Stärkung der immer noch schwachen Regierung Karzai. Doch besteht hier die Gefahr, dass die deutschen Waffen auch in die Hände der Afghanistans Provinzen beherrschenden Warlords fallen. Neben dem Drogenhandel bilden Waffenschiebereien das profitabelste Geschäft am Hindukusch. Vor allem Kleinwaffen wie Pistolen sind hier besonders gefragt. Zusammen mit automatischen Waffen aller Art gelten sie als die eigentlichen Massenvernichtungs-

Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach auf der 42. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik am 4. Februar 2006.
© dpa, Foto: Guido Bergmann



waffen der heutigen Kriege, verantwortlich für Millionen von Opfern.

Welche Zukunft dem Engagement der Bundeswehr in Afghanistan bevorsteht, bleibt dabei fraglich. Der Einmarsch der Amerikaner und ihrer Verbündeten hat zwar zum Sturz des Taliban-Regimes geführt. Aber einem Großteil der attackierten Islamisten ist die Flucht durch die Grenzgebirge in die Stammesgebiete nach Pakistan gelungen. Die militärische Überlegenheit der US-Streitkräfte wird durch die ungelösten politischen Probleme zunichte gemacht. Durch den parallelen Großeinsatz im Irak überlastet, beginnt Washington mit dem Abzug seiner Eliteeinheiten und räumt deren Einsatzgebiete im weiterhin umkämpften Süden des Landes. An ihre Stelle rücken Truppenverbände der NATO.

Doch auch ihr Erfolg scheint mehr als ungewiss. Inzwischen stockt der Wieder-

aufbau des Landes. Nachdem bereits in den letzten beiden Jahrzehnten nur geringe Summen für die Armutsbekämpfung am Hindukusch aufgebracht worden sind, werden selbst viereinhalb Jahre nach der alliierten Intervention weder Hilfsmittel in versprochener Menge bereitgestellt noch der Drogenanbau in notwendiger Weise bekämpft. Der Westen und mit ihm Deutschland zeigt sich überfordert. Die Durchhalteparolen der Londoner Hilfskonferenz können darüber nicht hinwegtäuschen.

Dass die Veränderungen so langsam vorankommen, verärgert viele Afghanen. Der wachsende Groll verstärkt sich durch das unsensible Auftreten amerikanischer Bodentruppen und die offenkundige Unfähigkeit der US-Air-Force, Zivilisten von Kämpfern zu unterscheiden. Daher steigt das Risiko, dass die extremistischen Kräfte erneut Zulauf bekommen und zu

einer ernsten Gefahr werden. Bereits jetzt stören die Taliban die Aufbauarbeiten massiv.

Auch der verstärkte Einsatz deutscher Soldaten, die sich beim überwiegenden Teil der afghanischen Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuen, hat nicht verhindern können, dass am Hindukusch in vielerlei Hinsicht ein altes Herrschaftsmuster wiederkehrt: In Kabul sitzt ein Paschtune als Staatsoberhaupt, dessen Macht von der Protektion und den Finanzhilfen des Auslandes abhängt. Zwischen den Provinzen mit ihren einflussreichen Partikularmächten und der Metropole herrscht eine unruhige Beziehung. Der Machtkampf zwischen den Warlords führt immer wieder zu Blutvergießen. Auch in der Justiz halten sich die Geister der Vergangenheit.

Mittelmacht in Europa

Auf dem Balkan, dem zweiten zentralen Einsatzgebiet der Bundeswehr, wird den alliierten Truppen zwar kein Guerillakrieg aufgezwungen wie am Hindukusch. Doch trotz der Einrichtung einer internationalen Zivilverwaltung im Kosovo (Unmik) und des riesigen UN-Apparats – mit fast 14 000 Mitarbeitern der weltweit größte – ist die Lage in der Provinz noch immer nicht stabil: Im März 2004 kamen bei Unruhen zwischen Serben und Albanern neunzehn Menschen ums Leben – ein Desaster für das deutsche Kontingent der Friedenstruppen. Die Vereinten Nationen beharren jedoch weiter auf einem multiethischen Kosovo, obwohl die Rückkehr vertriebener Serben wegen der schlechten Sicherheitslage kaum vorangeht. Gleichzeitig drängen die Albaner auf die Unabhängigkeit des Protektorats, der Belgrad keinesfalls stimmt. Der ungeklärte Status lässt die Unmik auf Dauer zu einer unmöglichen Mission werden.

Welche Optionen bieten sich ange-sichts dieser Lage der deutschen Sicher-

heitspolitik? Welche sind auszuschließen? Deutschland befindet sich im Jahr 2006 in einer nicht gerade komfortablen Situation: Die gravierenden demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme harren weiterhin einer Lösung, was auch zunehmend den außenpolitischen Gestaltungsraum einengt. Die enormen Kosten der Auslandseinsätze der Bundeswehr belasten den allein durch Schuldentilgung überstrapazierten Haushalt. Die dringend notwendige Umstrukturierung und Modernisierung der deutschen Streitkräfte verschlingen ebenfalls bedeutende Mittel. Deutschland zeigt sich von einem Phänomen bedroht, das in letzter Zeit vor allem die Vereinigten Staaten zu spüren bekommen haben, einem „Overstretch“, einer Überdehnung seiner eigenen Kapazitäten im militärischen und ökonomischen Bereich.

Doch Berlin kann aus seiner Not eine Tugend machen. Anstatt sich in weitere Friedensmissionen beispielsweise in Afrika zu verstricken, deren Erfolge ähnlich zweifelhaft erscheinen wie in Afghanistan oder auf dem Balkan, wäre es ratsam, zu der Rolle zurückzukehren, die Deutschlands bundesrepublikanische Außenpolitik über viele Jahrzehnte geprägt und äußerst erfolgreich gemacht hat. Nicht als sich in kraftmeierischen Gesten gefallende Mittelmacht, sondern als Mittelmacht könnte Berlin eine Bedeutung in Europa und der Welt erlangen, die weit über den angestrebten Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hinausgeht.

Innerhalb der EU sollte Deutschland nicht nur zwischen Großbritannien und Frankreich vermittelnd wirken, sondern vor allem zwischen den alten und den neuen Mitgliedern der ebenfalls von einer politischen wie wirtschaftlichen Überdehnung geplagten Union. Hier könnte Berlin auch zu einem Vorreiter einer gemeinsamen und dabei weitsichtigen Außenpolitik Europas werden, das sich vor ähnlichen Problemen gestellt sieht wie

die USA. Denn imperiale Strukturen weisen heute sowohl Washington als auch Brüssel auf.

Die EU sieht sich zunehmend Herausforderungen an ihrer Peripherie gegenüber, die für die Geschichte von Imperien charakteristisch sind. Deutschland und die anderen Mitgliedsstaaten der Union müssen ihr zukünftiges Verhältnis gegenüber den Vereinigten Staaten definieren. Dabei ist darauf zu achten, dass nicht erneut Ressourcen für Washingtons Militäroperationen bereitgestellt werden, ohne Einfluss auf die Entscheidungen ihres Einsatzes zu erlangen. Auch die bisherige Arbeitsteilung von Kriegshandwerk und Wiederaufbau bleibt zu überdenken, wobei vor einer voreiligen Aufrüstung Europas zu beachten ist, dass das Ansehen von Aufbauhelfern, ob bewaffnet oder nicht, bei den von Interventionen betroffenen Völkern meist deutlich positiver ausfällt als das von kämpfenden Truppen.

Instabile Peripherie

Eine weitere Herausforderung ist die instabile Peripherie im Osten und Südosten der EU. Fortwährende Erweiterungsrunder der Union zur Verhinderung staatlicher Zusammenbrüche und bewaffneter Konflikte erweisen sich hier nicht als das richtige Instrumentarium. Vielmehr führen sie zu einer Überforderung der EU-Bevölkerungen, deren Skepsis gegenüber Brüssel von Expansion zu Expansion wächst. Die Ironie der Geschichte: Die Europäer und mit ihnen die Deutschen fühlen sich imperial überdehnt, ohne ein Imperium sein zu wollen.

Hier könnte Berlin als Vermittler eingreifen. Um den Erweiterungsdruck auf die EU abzuschwächen, sollte die Bundesregierung in Brüssel dafür werben, vom starren Prinzip der Mitgliedschaft abzukehren. Denn bislang bietet sich interessierten Peripherieländern allein die Option, entweder in die Union auf-

genommen zu werden oder außen vor zu bleiben. Das Europaparlament hat bereits eine Zwischenlösung vorgeschlagen: Eine Art Vorraum zur EU, in dem sich Staaten befinden, die zwar noch keine offiziellen Beitrittskandidaten sind, dafür aber multilaterale Rahmenvereinbarungen angeboten bekommen. Ein Ordnungsmodell, das bereits in der gegenwärtigen Union angelegt ist, verlaufen doch ihre äußeren Grenzen getrennt von denen des Schengenraumes oder denen der Eurozone.

Profiteure einer solchen Konstruktion, die vor allem auf eine wirtschaftliche Anbindung abzielt, könnten Staaten des Westbalkans und die Ukraine sein, aber auch Beitrittskandidaten, die noch nicht mitgliedsfähig sind, wie die Türkei und Kroatien. Da Berlin zu diesen Ländern enge Beziehungen unterhält, kann Deutschland entschieden dazu beitragen, die Außengrenzen der EU stabil und elastisch zugleich zu halten.

Auch auf einem weiteren zentralen Feld europäischer Außen- und Sicherheitspolitik bietet sich eine deutsche Vermittlerrolle an. Polen schlägt den anderen Europäern als Konsequenz aus der Gaskrise zwischen Russland und der Ukraine die Gründung eines Bündnisses zur Sicherung der gemeinsamen Energieversorgung vor. Gemeinsame Gasreserven sollen geschaffen und ein Pakt geschlossen werden, der zum gegenseitigen Beistand verpflichtet, sollte ein Mitgliedsland von seinen Gaszufuhren abgeschnitten werden. Neue Leitungen oder die Erweiterung bestehender Stränge sind künftig nicht mehr bilateral, sondern nur noch gemeinsam zu beschließen.

Um diesen Plan, der den geostrategischen Notwendigkeiten des frühen ein- und zwanzigsten Jahrhunderts Rechnung trägt, diplomatisch gegenüber Russland abzufedern, ist erneut Deutschland mit seinen traditionell guten Kontakten zum Kreml gefragt. Berlin sieht sich darüber

hinaus in der Pflicht, das osteuropäische Misstrauen gegenüber dem mit Moskau vereinbarten Bau einer Gasleitung durch die Ostsee zu entkräften. Denn ein europäisches Energiebündnis, in dem von Beginn an Argwohn unter den Mitgliedern herrscht, hat keine Zukunft. Diese könnte vielmehr eine Kooperation haben, die sich nicht allein auf EU-Mitglieder beschränkt, sondern auch Staaten im Vorraum der Union wie die Ukraine, Moldau und Georgien mit einschließt. Zusammen mit seiner zentralen Rolle bei der zukünftigen Grenzgestaltung der Europäischen Gemeinschaft fällt Deutschland hier eine doppelte Brückefunktion zu.

Rolle im „Great Game“

Auf Berlin kommen dabei außenpolitische Herausforderungen zu, für die nicht nur die Deutschen, sondern auch ihre Nachbarn in Westeuropa schlecht gerüstet scheinen. Denn geostrategisches Denken ist hier kaum verbreitet. Daher spielt die EU im „Great Game“ um die globalen Rohstoffe bisher nur eine Nebenrolle. Und dies, obwohl in der kaspischen Region die künftigen Öl- und Gasreserven für Europa lagern, die angesichts der zunehmenden Krisen im Nahen und Mittleren Osten schon heute als Alternative für die europäische Energieversorgung betrachtet werden müssen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben die Europäer anfangs versucht, den Amerikanern bei ihrem Engagement im Kaukasus und in Zentralasien zu folgen. In der Pariser EU-Charta von 1990 wurde der kaspische Raum als Gebiet „gesamteuropäischer Interessen“ bezeichnet, doch schreckte die EU vor jeglichen geopolitischen Ambitionen zurück. Zwar wurde der Aufbau eines Ost-West-Transportkorridors, der die kaukasischen und zentralasiatischen Länder aus der geostrategischen Isolation und der Kontrolle

Russlands hätte führen sollen, von Brüssel in groß angelegten Projekten gefördert. Doch diese öffneten nicht, wie ursprünglich erhofft, die Tür zu verstärkten Investitionen westlicher Unternehmen.

Im Gegensatz zu den USA vermieden die Europäer und unter ihnen vor allem die Deutschen jegliche Konflikte mit Russland und dem Iran. Vielmehr verringerte die EU ihr Engagement und gab so Moskau die Möglichkeit, seine Funktion als Brücke zwischen Europa und Asien zurückzuerlangen, als sich nach dem Amtsantritt von Putin die russische Wirtschaft zu erholen begann.

Anders als auf dem unmittelbar an die EU grenzenden Balkan empfinden weder Brüssel noch Berlin einen Handlungsbedarf im kaspischen Raum. Doch dies könnte sich bald ändern. Denn in Polen erlebt das geopolitische Denken eine Renaissance. Warschau hat eine militärische Zusammenarbeit mit Aserbaidschan vereinbart. Zusammen mit der Ukraine, Georgien und Aserbaidschan verhandelt Polen über eine Pipelineverbindung für kaspisches Öl über den ukrainischen Schwarzmeerhafen Odessa und Polen bis an die Ostsee. Für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die in der Lage ist, in den Kampf um die Kontrolle der kaspischen Energieressourcen einzutreten, fehlen den Europäern aber weiterhin die erforderlichen Instrumente. Denn wirtschaftliche Macht allein zählt in einer Region wenig, die zunehmend von den Spielregeln einer in Brüssel und Berlin längst vergessenen Kanonenbootdiplomatie geprägt wird, die heute in der amerikanischen und russischen Truppenstationierungspolitik ihre Entsprechung findet. Vor allem Deutschland hat hier viel nachzuholen, will es der historisch bewährten Rolle als Mittlermacht künftig global gerecht werden.